

Sechzehn Klimafragen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren Volksvertreter,

aufgrund eines behaupteten Klimanotstandes wurden von Ihnen verschiedene Gesetze erlassen, deren Verfassungsmäßigkeit umstritten ist. Dabei soll es nicht bleiben. Die Bürger sollen unter anderem auf Flugreisen, auf Kreuzfahrten, auf das Autofahren oder auf fleischhaltige Ernährung verzichten oder all dies signifikant einschränken. Industriezweige von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung wie die Automobilherstellung, die Energieerzeugung und die Landwirtschaft sollen radikal umgestaltet werden. Die Folgen werden in vielen Bereichen unumkehrbar sein, mindestens sind sie unkalkulierbar.

Wir haben uns formlos zusammengeschlossen, um als Bürger Fragen zu stellen. Wir möchten die Rationalität anstehender politischer Entscheidungen nachvollziehen können. Wir legen dabei die Maßstäbe an, mit denen wir in unseren Berufen seit Jahrzehnten tagtäglich und sorgfältig arbeiten. Wir selbst fragen hier parteiunabhängig. Wir kommen aus den verschiedensten Berufen und verfügen über unterschiedlichstes Fachwissen. Wir betrachten uns als Teil der kritisch-konstruktiven Zivilgesellschaft. Globale Herausforderungen betreffen alle. Deswegen müssen auch alle an ihrer Bewältigung angemessen mitwirken können.

Ausgehend von der Annahme, eine menschengemachte Klimaerwärmung sei erwiesen und menschliches Reaktionshandeln darauf geboten, muss – vernunftgeleitet – erörtert werden: Welche Folgen ergeben sich aus dieser Erkenntnis und mit welchen möglichen Maßnahmen kann einer schädlichen Klimaerwärmung mit Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden? Weiter muss abgewogen werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen in Summe mehr nutzen als schaden. Der einschneidende Umbau der wesentlichen Strukturen eines ganzen Landes kann nur insoweit gerechtfertigt sein, als alle diese Fragenkomplexe eindeutig beantwortet sind. Alles andere verbietet sich schon aus ethisch-moralischen Gründen, denn zu viele Existenzen hängen daran. Gerade im Sinne des Vorsorgeprinzips dürfen funktionierende Strukturen nicht für Ungewisses geopfert werden.

Dies ist keine Petition. Wir sind Teil des Souveräns. Sie sind diejenigen, die von uns gewählt und bezahlt werden. Und Sie schicken sich derzeit an, wesentliche Inhalte unseres Gesellschaftsvertrages abzuändern. Wir halten es daher für angemessen, dass Sie uns fraktionsweise die folgenden Fragen beantworten. Wir werden Ihre Antworten veröffentlichen. Alle Wahlberechtigten sollen Gelegenheit erhalten, sich ein Bild von Ihren Argumenten, von deren Qualität und von Ihren Abwägungsprozessen zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Erstunterzeichner und xxxx wahlberechtigte Unterstützer